

# POLITISCHER LAGEBERICHT

Dr. Hans-Peter Hubmann, Vorsitzender des Deutschen Apothekerverbandes (DAV)

DAV-Wirtschaftsforum, Berlin, 5. Mai 2026

## ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste,

„Zukunft braucht starke Apotheken“ – das ist das Motto unserer diesjährigen Veranstaltung. Und dieses Motto ist ganz bewusst gewählt.

Denn wir müssen uns fragen: wie können wir die Arzneimittel- und die Gesundheitsversorgung in Deutschland auch in Zukunft noch zuverlässig, patientennah und qualitativ hochwertig sicherstellen? Angesichts der anstehenden Gesetzesvorhaben ist dafür genau jetzt die richtige Zeit. Für eine gute Versorgung brauchen wir starke Apotheken. Und für starke Apotheken brauchen wir wirtschaftliche Stabilität, verlässliche politische Rahmenbedingungen und die heilberufliche Weiterentwicklung.

Ich freue mich sehr, Sie beim diesjährigen DAV-Wirtschaftsforum begrüßen zu dürfen. In den nächsten zwei Tagen werden neben der politischen und wirtschaftlichen Lage auch die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen und insbesondere der ePA ein Schwerpunkt sein. Und selbstverständlich diskutieren wir, wie die Apotheke vor Ort als Teil der Primärversorgung und Prävention eine wichtige Säule der Gesundheitsversorgung der Zukunft werden kann und muss.

Bevor wir in den Tag starten, bedanke ich mich herzlich bei unseren diesjährigen Sponsoren: der NOVENTI Health SE, der Sanacorp sowie dem Zukunftspakt Apotheke und ich lade Sie ein, in den Pausen die Stände unserer Sponsoren zu besuchen.

Ich wünsche erkenntnisreiche Tage mit spannenden Diskussionen von Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf der Bühne sowie anregende Gespräche und einen intensiven Austausch untereinander.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die jetzige Bundesregierung ist heute seit einem Jahr in der Verantwortung für unser Land. Sie hat sich viel vorgenommen, große Reformen sollen die wirtschaftliche Lage und das Vertrauen in die Politik wieder stärken. Aber sowohl der Herbst als auch das Frühjahr der Reformen sind ausgeblieben. Nun soll es also der Sommer richten. Und mit dem Beitragssatzstabilisierungsgesetz macht Gesundheitsministerin Warken trotz vieler Konflikte innerhalb der Regierung einen energischen Aufschlag. Alle sollen belastet werden, jeder muss einen Sparbeitrag leisten, so die Botschaft. So auch die Apotheken vor allem mit der Erhöhung des Kassenabschlags. Das allerdings steht im eklatanten Widerspruch zu den bisherigen Aussagen, man wolle die Apotheken stärken und ihnen mehr Verantwortung in der Gesundheitsversorgung geben. Für die wirtschaftliche Stärkung der Apotheken gibt es bis zum heutigen Tag nur Lippenbekenntnisse, die neue wirtschaftliche Belastung aber soll in kurzer Zeit und darüber hinaus unbefristet umgesetzt werden – dies können und wollen wir nicht hinnehmen!

Kommen wir aber zunächst zum Apothekenversorgungs-Weiterentwicklungsgesetz (ApoVWG) und den zugehörigen Verordnungen. Dies ist in diesen Wochen auf der Zielgeraden. Hierzu möchte

ich zunächst sagen: der jetzige Gesetzesentwurf hat auch gute Aspekte – verbesserte Abgaberegeln, erhöhte Retaxsicherheit, neue Leistungen für die Apotheke, z.B. mehr Impfen, Tests, neue pharmazeutische Dienstleistungen, neue Aufgaben in der Prävention und vor allem eine stärkere Einbindung in die Primärversorgung. All dies ist auch dringend notwendig, wenn wir unser Gesundheitssystem für die Zukunft fit machen wollen. Nur wenn wir alle wirklich zusammenarbeiten – Apotheken, Arztpraxen, Pflege und Krankenhäuser –, werden wir eine gute Versorgung der Menschen erreichen!

Aber dazu braucht es zwingend die freiberufliche Struktur und wirtschaftlich stabile Apotheken. Bezüglich der Struktur ist die vorgesehene PTA-Vertretung auch mit den bereits vorgenommenen Nachbesserungen für uns nicht akzeptabel. Ich betone hier ausdrücklich, dass diese Ablehnung keine Abwertung der hervorragenden und unendlich wertvollen Arbeit unserer PTAs darstellt. Ohne sie wäre der Apothekenbetrieb nicht möglich – und sie sind notwendiger und wichtiger denn je! Aber selbst mit den im Vergleich zum Referentenentwurf eingefügten Änderungen im jetzigen Regierungsentwurf, also Entfernungsregel, ländlicher Raum, Berufserfahrung und behördliche Genehmigung, stellt diese Regelung einen ordnungspolitischen Sündenfall dar, der interessierten Kreisen die Möglichkeiten gibt, Fremdbesitz und Arzneimittlecken im Drogeriemarkt durchzuklagen. Ist die Tür nur einen winzigen Spalt offen, bekommen wir diese nie mehr zu!

Zudem ist die im Gesetz postulierte Kostenersparnis nicht zu realisieren, weil die Vertretung der PTA ganz sicher nicht zum normalen PTA-Gehalt zu haben ist. Zudem wissen wir, dass die übergroße Mehrheit der PTA diese Vertretungsregelung gar nicht will. Auch deshalb haben wir mit dem BVpta ein gemeinsames Positionspapier verabschiedet, in dem wir uns klar für eine Weiterqualifikation der PTA, aber gegen eine Vertretungsbefugnis aussprechen. Hier besteht also große Einigkeit – und wir erwarten zu Recht, dass dies bei den derzeitigen letzten Beratungen im Bundestag berücksichtigt wird!

Schauen wir auf die Apotheken, dann ergibt sich ein alarmierendes Bild: am Jahresende 2025 hatten wir bundesweit noch 16.601 Apotheken – das ist ein Rückgang gegenüber dem Höchststand Anfang der 2000er Jahre um über 5.000 Apotheken und der niedrigste Stand seit 50 Jahren. Mehr als 20 Prozent sind vom Markt verschwunden! Jede Apotheke, die schließen muss, ist ein Verlust von freiberuflicher Existenz, von wohnortnahen Arbeitsplätzen vornehmlich für Frauen und fehlende Versorgung vor Ort für die Menschen. Mittlerweile liegt die Apothekendichte in Deutschland bei weniger als 20 Apotheken pro 100.000 Einwohner gegenüber 31 im EU-Durchschnitt, damit liegen wir im untersten Viertel von Europa!

Die Ursache, sehr geehrte Damen und Herren, liegt klar auf der Hand: die seit Jahren andauernde chronische Unterfinanzierung der Apotheken! Das Fixum wurde seit 2013 nicht angehoben und bei der Gesamtvergütung unter Einbeziehung des 3-Prozent-Aufschlages haben die Apotheken in den letzten 12 Jahren gerade mal einen Anstieg von 12 Prozent zu verzeichnen. Das sind gerade mal ein Prozent pro Jahr – im Vergleich mit den Steigerungen in anderen Bereichen - auch im Gesundheitswesen - ist das ein Witz! Das Apothekenhonorar muss endlich an die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land angepasst werden, denn im gleichen Zeitraum verzeichneten wir z.B. bei den GKV-Einnahmen ein Plus von 85 Prozent und beim Bruttoinlandsprodukt von 56 Prozent.

Die Tarifgehälter der Mitarbeitenden in den Apotheken stiegen in dem Zeitraum um 39 Prozent. Und weil ja auch andere Kosten wie Energie, Miete und weitere Sachkosten in den letzten Jahren stark gestiegen sind, ergeben sich in unseren Betrieben Kostensteigerungen von mehr als 60 Prozent. Dieses Auseinanderklaffen von Kosten und Einnahmen können wir schon lange nicht mehr schultern. Fast ein Drittel der Betriebe schreiben rote Zahlen oder erzielen weniger Ergebnis als das Einkommen eines angestellten Apothekers – bei vollem wirtschaftlichem Risiko und höherer Arbeitsbelastung! Und sie müssen von diesem mageren Ergebnis auch noch

Vorsorgeaufwendungen und notwendige Investitionen, z.B. in die IT, stemmen.

Dies hat zum Glück auch die jetzige Regierung erkannt und hat im Koalitionsvertrag klar und deutlich festgelegt, ich zitiere: „wir erhöhen das Apothekenpackungsfixum einmalig auf 9,50 Euro“. Die finanzielle Situation der Krankenkassen war zum damaligen Zeitpunkt hinreichend bekannt und trotzdem haben die Regierungsparteien den Vertrag ohne große Diskussion zu diesem Punkt unterschrieben. Umso bitterer war es für uns, beim Deutschen Apothekertag von Gesundheitsministerin Nina Warken vernehmen zu müssen, dass die Erhöhung zunächst zurückgestellt sei und im Frühjahr 2026 auf Wiedervorlage käme, weil es im Gesundheitswesen dafür gerade keine finanziellen Ressourcen gäbe. Merkwürdig nur, dass am nächsten Tag die Ärzte eine Honorarsteigerung für 2026 um knapp drei Prozent vermelden konnten. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: den Ärzten ist das voll gegönnt, aber die Aussage, es wäre für eine Erhöhung des Apothekenhonorars gerade kein Geld da, erscheint vor diesem Hintergrund dann sehr fragwürdig.

Mittlerweile hat Frau Warken mehrfach, unter anderem bei der ersten Lesung des ApoVWG im Bundestag, betont, dass die Anhebung des Fixums auf 9,50 Euro – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – per Verordnung käme. Von Politikern der Regierungsfractionen hören wir dazu unterschiedliche Aussagen. Die einen versprechen die schnelle Umsetzung, die anderen sehen vordringlich die Stabilisierung der GKV-Finzen. Sie alle stehen aber im Wort für die Erfüllung des Koalitionsvertrages – und daran werden wir sie messen!

Auch den immer wieder bemühten, aber deswegen nicht weniger abstrusen Einwand, man könne nicht allen Apotheken mit der Gießkanne mehr Honorar geben, weil die großen Apotheken schon gut verdienen, lassen wir nicht gelten. Bei Kürzungen, wie z.B. der Erhöhung des Apothekenabschlags, geht es ja auch immer mit dem Rasenmäher. Diesem Versuch der Spaltung: groß gegen klein, Stadt gegen Land erteilen wir eine klare Absage! Dies ist nicht unser Weg! Jede Apotheke hat einen Versorgungsauftrag und damit auch einen Anspruch auf faire Vergütung!

Das, was wir momentan erleben, ist alles andere als verlässliche Politik – und genau dies trägt maßgeblich zur Politikverdrossenheit in diesem Land und auch unter unseren Kolleginnen und Kollegen bei! Denn trotz aller Beteuerungen und Ankündigungen gerade auch in der vergangenen Woche liegt immer noch kein Änderungsentwurf für die Arzneimittelpreisverordnung vor, in dem die Anpassung des Fixums auf 9,50 Euro zeitlich fixiert festgelegt ist. Dabei ist die Erhöhung des Packungshonorars beileibe kein Zauberwerk: das BMG kann das Fixum im Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium sogar ohne Beteiligung des Bundesrates anpassen. Einzige Voraussetzung dafür ist der politische Wille, dies zu tun!

Daher fordern wir heute erneut unmissverständlich: Erhöhung des Fixums auf 9,50 Euro spätestens zum 1. Juli 2026!

In den letzten Wochen haben insbesondere die Krankenkassen lautstark gegen die geplante Apothekenhonoraranpassung protestiert. Milliardengeschenke an die schon gutverdienenden Apotheker dürften nicht sein und die Beitragszahler nicht zusätzlich belastet werden. Aber: 950 Millionen Euro für die Anpassung des Fixums sind bei ca. 350 Mrd. Euro Gesamtausgaben nur knapp 0,3 Prozent Mehrausgaben und ganz sicher kein Grund für wachsende Beitragssätze. Man kann sogar sagen, dies ist mehr als gut investiertes Geld, weil die Apotheken vor Ort schon heute – und zukünftig noch stärker – dazu beitragen werden, Ressourcen im Gesundheitswesen einzusparen, indem sie beispielsweise weitere Aufgaben in der Notfallversorgung übernehmen.

Sparpotential für die klammen Krankenkassen gibt es zudem ausreichend an anderer Stelle. Allein die Finanzierung der Beiträge für die Grundsicherungsempfänger aus Steuergeldern würde die GKV um fast 13 Mrd. Euro entlasten. Und anstelle stets bei anderen nach Einsparungen oder

Deckelungen zu rufen, sollten sich die Kassen an die eigene Nase fassen und nicht immerzu Wasser predigen und Wein trinken. Erst kürzlich wurden wieder die Vorstandsgehälter erhöht, und für teure Werbekampagnen ist ebenfalls Geld da. Entlarvend war hier die empörte Reaktion auf die Begrenzung der Steigerungen bei den Vorstandsbezügen im Beitragssatzstabilisierungsgesetz. Die Verwaltungsausgaben der Kassen sind stetig gestiegen und liegen mit 14 Mrd. Euro und einem Anteil von 4 Prozent an den Gesamtausgaben mehr als doppelt so hoch wie die Ausgaben für die Apothekenvergütung. Mit einem Anteil von mittlerweile gerade mal 1,7 Prozent sind wir ganz gewiss nicht der Kostentreiber!

Aber: wir sind schon heute ein wichtiger Player in der Gesundheitsversorgung und werden dies zukünftig noch viel stärker sein: Wir sind in der Arzneimittelversorgung 24/7 da, wir machen Notdienste, bieten niederschwellige, aber hochkompetente Beratung ohne Termin, sind oft die erste Anlaufstelle in Gesundheitsfragen, wir machen Rezepturen, managen Lieferengpässe, verbessern die Adhärenz, impfen und sorgen für Arzneimitteltherapiesicherheit - um nur einiges zu nennen.

Und deswegen ist es jetzt Zeit für die längst überfällige Honoraranpassung – uns gibt es nicht zum Nulltarif!

Ohne Frage: gerade unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine bessere Bezahlung für ihre tägliche hervorragende Arbeit verdient – aber die Inhaberinnen und Inhaber müssen das auch zahlen können. Schon jetzt erleben wir eine zunehmende Abwanderung von pharmazeutischen Fachkräften aus unseren Apotheken ins Krankenhaus, in die Industrie oder auch zu den Kassen, weil dort deutlich höhere Gehälter gezahlt werden können. Diese Abwanderung gilt es für eine gute Versorgung vor Ort zu stoppen – ein weiteres Argument für die schnelle Anpassung des Fixums und damit die wirtschaftliche Stärkung der Apotheken.

Damit komme ich zum vorhin schon erwähnten Spargesetz von Frau Warzen, dem Beitragssatzstabilisierungsgesetz: Zunächst scheint der Ansatz nachvollziehbar, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen. Aber bei den Apotheken sieht das deutlich anders aus. Durch die Nichtanpassung des Fixums seit 2013 haben wir in den letzten 13 Jahren bereits unseren Sparbeitrag zur Stabilisierung der GKV-Finzen geleistet und, wenn man es ganz genau nimmt, sogar übererfüllt. Wäre das Fixum in den letzten Jahren nach den kürzlich präsentierten Vorschlägen der Finanzkommission gemäß der Grundlohnsumme angepasst worden, lägen wir jetzt bei über 12 Euro. Da dies aber bekanntlich nicht geschehen ist, haben wir in den letzten Jahren bereits über 15 Milliarden Euro eingespart!

Dennoch soll analog dem Stabilisierungsgesetz aus der Ära Lauterbach erneut der Apothekenabschlag als ein Sparinstrument erhalten und ab dem 1. Januar 2027 unbefristet von 1,77 Euro auf 2,07 Euro erhöht werden. Dies belastet die Apotheken jährlich mit ca. 170 Millionen Euro. Diese Belastung hat nichts mit einer Stärkung der Apotheken zu tun. Diese Belastung lehnen wir entschieden ab!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind auch zunehmend irritiert, dass finanzielle Belastungen für die Apotheken in hoher Geschwindigkeit in Gesetze geschrieben und diese mit Hochdruck durch das Parlament gebracht werden sollen, während die für die Existenz vieler Apothekenbetriebe so wichtige Honorarerhöhung uns zwar immer wieder mündlich zugesagt, aber immer noch nicht in einer Verordnung fixiert wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, politische Glaubwürdigkeit sieht anders aus!

Durch das Beitragssatzstabilisierungsgesetz genannte Spargesetz kommen aber noch etliche weitere Belastungen auf die Apotheken zu. Da sind z.B. die erhöhten und verkomplizierten Herstellerrabatte, für deren Inkasso zugunsten der Krankenkassen die Apotheken weiterhin ins Haftungsrisiko gehen. Hier muss es endlich einen Haftungsausschluss für die Apotheken geben, für den Fall, dass der Hersteller insolvent wird oder aus anderen Gründen den Rabatt nicht zahlt. Auch sollte diese Inkassoleistung endlich honoriert werden!

Da ist aber auch die geplante Erhöhung der Zuzahlung bei Arzneimitteln für die Versicherten, welche einen bedeutenden Effekt auf die Apotheken haben werden. Diese Maßnahme bedeutet nicht nur einen stark erhöhten Erklärungsaufwand bei den Patienten, sondern begünstigt die ausländischen Versender, die sich durch ihre ungesetzlichen Zuzahlungserlässe einen großen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Diesem rechtswidrigen Treiben muss die Regierung endlich ein Ende machen! Die bisherigen Neuregelungen zur Paritätischen Stelle im ApoVWG sind hier völlig unzureichend. Zur Durchsetzung des geltenden Rechts braucht es eine Beleihung der Paritätischen Stelle und eine garantierte Staatshaftung, denn es genügt nicht, nur Gesetze zu erlassen, der Staat muss deren Einhaltung auch gewährleisten und kontrollieren!

Es ist für mich sowieso nach wie vor absolut unverständlich, dass es unser Land seit Jahren akzeptiert, dass Versichertengelder der Sozialsysteme zum Aufbau von ausländischen Konzernstrukturen genutzt werden dürfen, anstatt diese Gelder lieber für ein starkes und sicheres Gesundheitswesen in unserem Land einzusetzen.

Fassen wir zusammen: vor einem Jahr sind wir aufgrund der im Koalitionsvertrag zu den Apotheken vor Ort vereinbarten Punkte mit großer Zuversicht gestartet. Diese Zuversicht ist mittlerweile durch die im ApoVWG angedachten bedenklichen Strukturänderungen und die bislang ausgebliebene wirtschaftliche Stärkung der Apotheken vor Ort deutlich geschwächt. Und die Belastungen, die den Apotheken durch das jetzt auf den Weg gebrachte Spargesetz zugemutet werden sollen, lassen das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Politik weiter schwinden.

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir dürfen uns nicht beirren lassen! Denn dieses Land braucht starke Apotheken für eine gute Gesundheitsversorgung der Menschen, jetzt und in der Zukunft. Und für starke Apotheken braucht es eine faire Vergütung! Deswegen muss das Packungsfixum auf 9,50 Euro angehoben werden.

Die Zeit dafür ist: JETZT!